

# Die Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess

## Eine Einleitung

---

*Detlev Brunner/Michaela Kubhenne/Hartmut Simon*

Die Geschichte der Gewerkschaften im vereinten Deutschland seit 1990 ist noch nicht geschrieben. Trotz der großen Menge und Vielfalt an Publikationen zur deutschen Einheit blieben die Rolle der Gewerkschaften im Einheitsprozess und ihr Anteil an der Erreichung der »inneren Einheit« bislang weitgehend ausgeblendet. Die Jubiläen (15/20/25 Jahre Einheit) haben hier nur sehr begrenzt als Schubkraft für die historische Forschung gewirkt.

Die Ignoranz gegenüber der Bedeutung der Gewerkschaften im deutschen Einheits- und Transformationsprozess hängt wohl auch mit dem schlechten Bild zusammen, das in der Öffentlichkeit von den Gewerkschaften gepflegt wurde – gerade seit der zweiten Hälfte der 1990er- und in den 2000er-Jahren wurde ein »Abgesang« auf die Gewerkschaften angestimmt. Vielen, gerade aus der jüngeren Generation und in den neuen IT-Branchen, schienen Gewerkschaften überflüssig zu sein. Mitglieder- und Vertrauensschwund schmälerten in der Tat die Aktionsmöglichkeiten. Allerdings ist dies nur *ein* (negativer) Blick auf die Gewerkschaftsgeschichte der vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte.

Die alles in allem gelungene Wahrung des sozialen Friedens, eine sich abzeichnende Angleichung der Lebensverhältnisse, der zumindest in einer Reihe von Regionen erkennbare Aufschwung in Ostdeutschland zählen zur Habenseite – ohne die Gewerkschaften wäre dies nicht möglich gewesen. Gerade deshalb ist es für eine Gesellschaftsgeschichte des vereinten Deutschlands von außerordentlicher Bedeutung, die Geschichte der deutschen Gewerkschaften und ihres Handelns stärker in das Blickfeld der Forschung zu rücken.

Dieser Befund war ausschlaggebend für die Entscheidung, eine Tagung zum Thema »Einheit und Transformation – Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess« zu veranstalten und so die Thematik einer breiteren gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Auch innerhalb der Gewerkschaften hat eine Bilanzierung der Erfahrungen aus 25 Jahren deutscher Einheit, aus den Wendejahren und dem »Aufbau Ost« erst begonnen. Die Bilanz ist ambivalent. Neben den Erfolgen treten die Grenzen gewerkschaftlichen Handelns hervor. Als die Menschen in der DDR 1989 in Massen auf die Straße gingen, weil sie Gängelung und Entmündigung leid waren, oder als sie aus Enttäuschung, Resignation und Wut unter zum Teil dramatischen Umständen das Land verließen, waren die westdeutschen Gewerkschaften zunächst nur besorgte Beobachter der Entwicklung. Für sie standen Ende der 1980er-Jahre die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, die 35-Stunden-Woche, die Verteidigung des Streikrechts gegen die »kalte Aussperrung«, die neoliberale Politik der Entstaatlichung und die ökologischen Herausforderungen auf der Tagesordnung. Auf die friedliche Revolution in der DDR waren sie ebenso wenig vorbereitet wie auf ihre Aufgaben im dann vereinten Deutschland.

Die Menschen in der DDR in und nach der friedlichen Revolution suchten nach Perspektiven, nach wirksamer Interessenvertretung und Sicherheit in einer von ihnen herbeigewünschten sozialen Marktwirtschaft. Deren Regeln und Risiken kannten sie nicht, und sie hofften auf den Schutz der in ihren Augen starken westdeutschen Gewerkschaften. Die Gewerkschaften des DGB mühten sich redlich, diesen Anforderungen nachzukommen. Standen sie zunächst mit Informationsmaterial und Beratungsstellen den neuen gewerkschaftlichen Kräften in der DDR beim Aufbau staats- und parteiunabhängiger gewerkschaftlicher Strukturen zur Seite, ging es bald um einheitliche Gewerkschaften in ganz Deutschland.

Gleichzeitig gewann die gewerkschaftliche Tarifpolitik zunehmend an praktischer Bedeutung, galt doch mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrags ab dem 1. Juli 1990 auch in der DDR die Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie. Tarifkommissionen mussten gegründet, Forderungen formuliert, Verhandlungen geführt werden. In den Augen der Beschäftigten der DDR war das die Nagelprobe für die Gewerkschaften. Von einem anfänglichen gesellschaftlichen Grundkonsens getragen, gelang es, die ersten Ta-

rifverträge in Ostdeutschland zügig abzuschließen. Die Mitgliederzahlen in den seit Herbst 1990 gesamtdeutschen DGB-Gewerkschaften stiegen in den neuen Bundesländern auf fast vier Millionen an – dies war auch ein Ausdruck des Vertrauens in die westdeutschen Gewerkschaften, die jedoch mit dieser Aufgabe bald überfordert waren. So entsprach die Entlohnung bis Ende 1991 in nur einem ostdeutschen Tarifbereich, im Ostberliner Gebäudereinigerhandwerk, 100 Prozent des Westniveaus. In der Mehrzahl der Tarifbereiche schwankte sie zwischen 50 und 60 Prozent – und dies ohne Berücksichtigung von Weihnachts- und Urlaubsgeld und bei längerer Arbeitszeit als im Westen.

Trotz der starken Unterschiede in den Tarifverträgen in Ost- und Westdeutschland und einer die Produktivitätsunterschiede berücksichtigenden Tarifpolitik sahen sich die Gewerkschaften massiver Kritik ausgesetzt. Bundesregierung, Bundesbank und wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute warfen ihnen unverantwortliche Lohnabschlüsse vor. Sie seien schuld an der sich verschärfenden ökonomischen Lage in Ostdeutschland. Originalton der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten 1991: In der Lohnpolitik scheinen »alle Dämme gebrochen« (Der Spiegel 1991). Und der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff forderte gar, dass der Staat eingreifen müsse, damit Unternehmer »zeitweilig aus den Tarifverträgen aussteigen« könnten (Bispinck 1991: 751). Auf der anderen Seite hatten die Beschäftigten in Ostdeutschland angesichts schnell steigender Lebenshaltungskosten eine rasche Anpassung der Einkommensbedingungen an die im Westen und Siebenmeilenstiefel auf dem Weg zur Tarifunion erwartet.

Die neuen gesamtdeutschen Gewerkschaften stießen trotz großen Engagements innerhalb des Umbruchs der ostdeutschen politischen Strukturen und des weitgehenden Zusammenbruchs wichtiger Industrie- und Dienstleistungsstrukturen schnell an ihre Grenzen. Gestaltungsperspektiven konnten in der Praxis vielfach nicht durchgesetzt werden. Eine offensive Interessenvertretung wich mangels Alternativen nicht selten der Beteiligung an sozialverträglicher Abwicklung. Nach der übergangslosen Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sahen sich die Ostbetriebe einer desaströsen Konkurrenz mit der westdeutschen und internationalen Wirtschaft ausgesetzt, der sie nicht standhalten konnten. Die Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern verschlechterte sich dramatisch, die Arbeitslosigkeit wuchs rasant auf zweistellige Prozentzahlen,

die Zahl der Arbeitsplätze verringerte sich von ehemals neun Millionen auf nur noch fünf Millionen. In der Folge sank auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Ostdeutschland rapide, bis 1995 auf 2,4 Millionen (Bieber/Lesch 2006).

25 Jahre nach der deutschen Einheit hat sich die Lohnentwicklung in West- und Ostdeutschland angenähert, ist jedoch immer noch nicht im Gleichstand, wozu auch die geringere Tarifbindung in Ostdeutschland beiträgt. Die Abwanderungsbewegung ist gestoppt, und in einigen ostdeutschen Regionen lässt sich sogar ein positiver Wanderungssaldo feststellen. Die Erwerbslosenquote ist insgesamt – wenngleich mit deutlichen regionalen Unterschieden – stark gesunken, liegt allerdings immer noch über der durchschnittlichen Erwerbslosenquote in Westdeutschland. Trotz aller Probleme und Grenzen gewerkschaftlichen Handelns lässt sich konstatieren, dass die Gewerkschaften die Fortschritte im Prozess der Angleichung der Produktions- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland als wichtige gesellschaftliche und tarifpolitische Akteure mitgestaltet und damit zur Gleichbehandlung und sozialen Gerechtigkeit in Deutschland beigetragen haben.

Der vorliegende Band beruht auf einer von der Hans-Böckler-Stiftung am 12./13. November 2015 in der Hauptverwaltung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) durchgeführten Tagung. Sie verknüpfte zwei Ebenen: die Erfahrung und Wahrnehmung beteiligter Akteurinnen und Akteure sowie die wissenschaftliche Reflexion historischer und sozialwissenschaftlicher Forschung.

Christian Hall und Detlev Brunner präsentierten ihr 2012/13 durchgeführtes Interviewprojekt (Brunner/Hall 2014) zu den Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeuginnen und Zeitzeugen an den Einheits- und Transformationsprozess. Die vorgestellten Projektergebnisse und die Aussagen der auf dem Podium vertretenen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen<sup>1</sup> eröffneten Einblicke in bislang kaum thematisierte Aspekte der Umbruchs- und Neu-

---

1 | *Jutta Schmidt*, 1989 Mitglied des Neues Forums, BGL-Vorsitzende am Institut für Halbleiterphysik, Frankfurt/Oder, ab Juni 1992 stellvertretende Vorsitzende der ÖTV; *Renate Hürtgen*, 1989 Gründungsmitglied der »Initiative für unabhängige Gewerkschaften« (IUG), bis 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam; *Peter Witte*, 1989 Mitglied des »Ge-

ordnungsphase. Dies betraf den gewerkschaftlichen Einigungsprozess an sich, das Verhältnis zwischen Ost und West in den Gewerkschaften, die Rolle und die Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften in den Jahren der Transformation, Erwartungen an demokratische Mitbestimmung und Enttäuschung über mangelnde Partizipationsmöglichkeiten. Bisherige Annahmen, die Demokratiebewegung habe in den DDR-Betrieben kaum oder keinen Niederhall gefunden, wurden widerlegt – im Gegenteil ist von einer unterschiedlich starken basisdemokratischen Bewegung auf betrieblicher Ebene auszugehen, die den gewerkschaftlichen Neuordnungsprozess in der DDR vorantrieb. In einem schmalen Zeitfenster von Herbst 1989 bis in die Zeit vor den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 verfügten Gewerkschaften in der DDR offenbar über eine gewisse Handlungsmacht, die jedoch bald von dem beginnenden ökonomischen Transformationsprozess seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ab 1. Juli 1990 überlagert wurde. Auch ein gewerkschaftlicher Transformationsprozess zeigte Konsequenzen: Die zunehmende Orientierung am westdeutschen Gewerkschafts- und Organisationsmodell brachte das Ende der basisdemokratischen Initiativen mit sich.

Der vorliegende Band versammelt die für den Druck überarbeiteten Beiträge der Tagung. Sie spiegeln die je nach Standort und Perspektive teilweise unterschiedlichen Einschätzungen der Autorinnen und Autoren wider. Zusätzlich aufgenommen wurde ein Beitrag von *Stefan Müller* zur Deutschlandpolitik von DGB und FDGB in den 1980er-Jahren. Er bietet eine Vorgeschichte zur Entwicklung ab 1989, skizziert die Annäherung im entspannungspolitischen Rahmen und erklärt, warum sich der DGB zunächst schwertat, die Entwicklung in der DDR ab Sommer 1989 adäquat einzuschätzen. Immerhin trafen offizielle Delegationen des FDGB und des DGB noch Mitte September 1989 zusammen und stellten die positive Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen fest.

Das unvorbereitete und zunächst vorsichtige Agieren beschreibt *Wolfgang Uellenberg-van Daven*, der als Akteur beteiligt war – er war 1989/90 Referatsleiter im DGB-Bundesvorstand, Abteilung Gewerkschaftliche Bildung. In seiner Überblickskizze verweist er nicht nur auf Zögerlichkeiten und Probleme gewerkschaftlichen Handelns, sondern auch auf jene Kon-

---

werkschaftskomitees für Selbstbestimmung in der DDR«, bis 1996 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau und Energie.

zepte, die eine sozialverträgliche Gestaltung des Transformationsprozesses ansteuerten.

*Renate Hürtgen* vereint Zeitzeugenschaft und Wissenschaft. Sie hat sich zum einen als Historikerin mit den Arbeitsbeziehungen in der DDR und dem gesellschaftlichen und politischen Umbruch auseinandergesetzt, zum anderen war sie als Bürgerrechtlerin und Mitgründerin der »Initiative für unabhängige Gewerkschaften« (IUG) aktiv daran beteiligt. Ihr Beitrag unterstreicht die Rolle der betrieblichen Initiativen als wichtiger Faktoren der demokratischen Revolution. Die Zurückdrängung all dieser Initiativen einschließlich der IUG entspricht dem Schicksal vieler Initiativen der Bürgerbewegung, die den bald etablierten Strukturen westdeutscher Provenienz wichen.

Die Beschäftigung mit den weiteren inhaltlichen Schwerpunkten des vorliegenden Bandes – dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Treuhandanstalt und der Tarifpolitik im Transformationsprozess – leitet *Detlev Brunner* mit einem Abriss zum Forschungsstand ein. Sein Fazit fällt angesichts der eingangs festgestellten Unkenntnis gegenüber der Rolle der Gewerkschaften im Einheitsprozess wenig überraschend aus. Insbesondere das Verhalten der Gewerkschaften gegenüber der dominanten Transformationsagentur, der Treuhandanstalt, ist kaum untersucht. Etwas besser steht es um die Erforschung der Tarifpolitik in der Transformationsphase, zu der sozialwissenschaftliche Untersuchungen aus den 1990er- und 2000er-Jahren vorliegen.

Basierend auf seiner kürzlich abgeschlossenen Dissertation analysiert *Marcus Böick* das »Beziehungsverhältnis« Treuhand/Gewerkschaften mit drei Ansätzen: Man kann, so Böick, das Verhältnis unter dem Gesichtspunkt des Konflikts, aber auch der Kooperation beschreiben; als dritte Ebene schließlich nennt er »Praxis- und Alltagsgeschichten«, in denen jenseits der jeweiligen Spitzenebenen »gespaltene Erfahrungen« sichtbar werden. Man könne nicht von homogen abgeschlossenen Blöcken (hier die Gewerkschaften und dort die Treuhand) sprechen – eine vielversprechende Perspektive jenseits verbreiteter Muster der Anklage und der Apologie.

Als eines von insgesamt vier gewerkschaftlichen Mitgliedern des ehemaligen Verwaltungsrates der Treuhand berichtet der damalige Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), *Roland Issen*, von seinen Erfahrungen mit der Treuhand und den gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten. Sein Resümee: Die Gewerkschaften konnten durch-

aus mitentscheiden und mitgestalten, die großen Linien aber hat die Politik bestimmt. Die Transformationspolitik der Treuhandanstalt begreift er als einen groß angelegten Prozess eines Strukturaustausches, als Transfer marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen in ein bisher planwirtschaftliches System – ein Prozess, der zwar von einem Großteil der Bevölkerung der Noch-DDR und der neuen Bundesländer begrüßt wurde, dessen negative Konsequenzen jedoch erst allmählich registriert wurden.

Institutionentransfer in einen wirtschaftlichen und politischen Raum, in dem ein entsprechender historischer, politischer und gesellschaftlicher Prozess fehlt – dies ist das Thema von *Ingrid Artus*, die in ihrem Beitrag zur Tarifpolitik auf Forschungen aufbaut, die sie seit den 1990er-Jahren zum Tarifsystem in den neuen Bundesländern betreibt. Artus beschreibt mit dem Begriff der »stellvertretenden Tarifautonomie« ein Tarifsystem, das von der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer übertragen und von westdeutschen Gewerkschafts- und Arbeitgeberfunktionären in Form von Flächentarifverträgen umgesetzt wird, aber sehr bald auf die mit diesem System offenkundig nicht kompatiblen spezifischen Bedingungen der Wirtschaft in den neuen Bundesländern trifft. In Ostdeutschland zeigten sich, bedingt durch betriebliche Traditionen und besondere Beziehungen zwischen Management und Betriebsrat, deutlich andere Muster als in den alten Bundesländern. Dies schlug sich im »Aufweichen« von Tarifverträgen zugunsten betrieblicher Vereinbarungen nieder. Inwieweit dies auch Vorbild für die alten Bundesländer sein könnte, bot Stoff für kontroverse zeitgenössische Diskussionen, zumal ein gängiger Diskurs auf mehr Flexibilisierung bestehender sozial- und arbeitsrechtlicher Reglements der Arbeitswelt zielte.

Als Prüfstein in dieser Auseinandersetzung galt der aufsehenerregende und in einem Streik gipfelnde Konflikt um den 1991 ausgehandelten Stufentarifvertrag in der ostdeutschen Metallindustrie. Dieser Tarifvertrag, der eine Lohnangleichung an das Niveau in der bayerischen Metallindustrie bis 1994 vorsah, wurde zwar von beiden Seiten – den (westdeutschen) Verhandellnden der Gewerkschaften und der Arbeitgeber – begrüßt. 1992 jedoch kündigte die Arbeitgeberseite diesen laufenden Tarifvertrag mit Verweis auf die ostdeutschen Realitäten – ein historisch einmaliger Vorgang.

*Lothar Wentzel*, als westdeutscher Gewerkschafter für die Organisation des Streiks am Werkstandort Wismar eingesetzt, berichtet von seinen Er-

lebnissen in diesem Streik der IG Metall. Seine Wahrnehmungen verweisen auf unterschiedliche »Kulturen«: Die ostdeutschen Beschäftigten – »ungeübt« im Streiken – waren bei aller selbstverständlichen Solidarität im Streikgeschehen vorsichtig und misstrauisch, sahen den Streik als »Pflichtübung für eine gerechte Sache«, ohne sich als »aktives Subjekt« zur Veränderung von Verhältnissen zu begreifen. Auch hier zeigt sich die Differenz zwischen den Erfahrungen in West und Ost beim Transfer von Institutionen und Mechanismen, die sich »im Westen« seit Jahrzehnten entwickelt und etabliert hatten, die »im Osten« jedoch auf völlig andere Verhaltensmuster und Handlungsstrategien trafen.

Dieser Band wäre nicht ohne die Hilfe und das Engagement zahlreicher Personen entstanden. An erster Stelle sind die Autorinnen und Autoren zu nennen, ferner danken wir allen Teilnehmenden der Tagung »Einheit und Transformation. Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess« für ihre Diskussionsbeiträge, die in die Beiträge des vorliegenden Bands eingeflossen sind.

## Literatur und Quellen

- Bispinck, Reinhard (1991): Die Gratwanderung, Tarifpolitik in den neuen Bundesländern, Gewerkschaftliche Monatshefte 12/91, S. 751
- Biebeler, Hendrik/Lesch, Hagen (2006): Mitgliederstruktur der Gewerkschaften in Deutschland, Vorabdruck aus: IW-Trends. Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 33. Jahrgang, Heft 4/2006, [www.iwkoeln.de/\\_storage/asset/74396/storage/master/file/524602/download/trends04\\_06\\_4.pdf](http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/74396/storage/master/file/524602/download/trends04_06_4.pdf) (Abruf am 4.4.2017)
- Brunner, Detlev/Hall, Christian (2014): Revolution, Umbruch, Neuaufbau. Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR. Berlin 2014
- Der Spiegel (1991): »Alle Dämme sind gebrochen«. In: *Der Spiegel* vom 10.6.1991, [www.spiegel.de/spiegel/print/d-13488290.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13488290.html) (Abruf am 15.11.2016)